



CDU Stadtratsfraktion | Kardinal-Wendel-Straße 11 | 67346 Speyer

Herrn Oberbürgermeister
Werner Schineller
Maximilianstraße 100
67346 Speyer

CDU Stadtratsfraktion Speyer
Vorsitzender
Dr. Gottfried Jung
Kardinal-Wendel-Straße 11
67346 Speyer
Tel. 06232-24260
www.cdu-speyer.de

22.11.2010

Kommunaler Entschuldungsfonds

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten, folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen und zweckmäßigerweise dessen Beratung mit der Haushaltsberatung zu verbinden:

- 1. Die Stadt Speyer ist grundsätzlich bereit, sich am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz zu beteiligen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Land über den für den Beitritt erforderlichen Konsolidierungsvertrag zu führen.**
- 3. Über die Verhandlungen soll der Haupt- und Stiftungsausschuss kontinuierlich informiert werden. Darüber hinaus soll eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden.**
- 4. Der endgültige Beitritt erfolgt mit der Zustimmung des Stadtrats zum Konsolidierungsvertrag.**

Begründung:

In seinem Kommunalbericht 2010 stellte der Rechnungshof Rheinland-Pfalz wörtlich fest: „Die finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen ist desolat.“ Auch in Jahren, in denen die Kommunen der meisten übrigen westlichen Flächenländer Überschüsse erzielten, habe die Kassenstatistik für die rheinland-pfälzischen Gemeinden Defizite aufgewiesen. Im

Vergleich zu den Kommunen der anderen westlichen Flächenländer habe die Pro-Kopf-Verschuldung 2009 um 46 % über dem Durchschnitt gelegen. Die kommunalen Haushalte in Rheinland-Pfalz seien von der gebotenen Konsolidierung „weiter denn je entfernt“. Daran werde auch die von der Landesregierung beabsichtigte Kommunal- und Verwaltungsreform „in ihrer derzeitigen Ausprägung“ nichts ändern.

Am 22.09.2010 haben die Kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung bekanntlich die Bildung eines kommunalen Entschuldungsfonds vereinbart. Daraus sollen ab 2012 über einen Zeitraum von 15 Jahren solchen Kommunen Entschuldungshilfen gewährt werden, die sich an dem Entschuldungsfonds beteiligen. Die Mittel, die aus dem Entschuldungsfonds fließen, sollen zu einem Drittel vom Land, zu einem Drittel von der „kommunalen Solidargemeinschaft“ (Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich) und zu einem Drittel von den teilnehmenden Kommunalen aufgebracht werden. Es ist vorgesehen, die Liquiditätskredit-Volumina der teilnehmenden Kommunen um zwei Drittel zu reduzieren. Der Beitritt setzt voraus, dass sich die jeweilige Kommune in einem Konsolidierungsvertrag mit dem Land verpflichtet, ihre wirtschaftliche Situation durch genau definierte Maßnahmen zu verbessern.

Dieser Kommunale Entschuldungsfonds ist aus der Sicht der CDU-Stadtratsfraktion zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Land als Hauptverursacher der hohen kommunalen Kassenkredite trägt nur ein Drittel der Lasten. Darüber hinaus mangelt es dem Entschuldungsfonds an Nachhaltigkeit, da er nicht mit strukturellen Änderungen verbunden ist. Ihnen werden weiterhin von oben umfangreiche Lasten aufgebürdet, die sie tragen müssen, ohne sie relevant beeinflussen zu können. Dennoch wäre es falsch, wenn sich die Stadt Speyer einer Beteiligung an dem Entschuldungsfonds grundsätzlich verschließen würde. Sie haben dies in Ihrer Haushaltsrede ebenso gesehen.

Die Stadt Speyer war in den zurückliegenden Jahren um eine sparsame Haushaltsführung bemüht. Der Stadtrat sollte dessen ungeachtet seine grundsätzliche Bereitschaft bekunden, dass sich Speyer an dem Entschuldungsfonds beteiligt, die endgültige Entscheidung über den Beitritt aber unter den Vorbehalt stellen, dass seitens der Stadt mit dem Land ein zustimmungsfähiger Konsolidierungsvertrag ausgehandelt wird. Damit werden voraussichtlich tief greifende haushaltswirksame Einschnitte verbunden sein, die allerdings im Einzelnen genau zu betrachten sind. So kommt zum Beispiel aus der Sicht der CDU-Stadtratsfraktion ein Verkauf oder Teilverkauf städtischer Gesellschaften, die aus Gründen der Daseinsvorsorge benötigt werden, nicht in Betracht. Es wird im Rahmen der Verhandlungen über den Konsolidierungsvertrag aber auch zu klären sein, ob Speyer

überhaupt in der Lage sein wird, das geforderte Drittel am Entschuldungsfonds in voller Höhe aufzubringen, wenn eine wirksame Entschuldung erreicht werden soll. Die zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Land getroffene Vereinbarung vom 22.09.2010 spricht davon, seitens der teilnehmenden Kommunen „im Regelfall Finanzmittel für den Entschuldungsfonds von bis zu ca. einem Drittel aufzubringen.“

Zu Verhandlungen der Stadt mit dem Land über einen Konsolidierungsvertrag, für die der Stadtrat nunmehr grünes Licht geben sollte und die im Verlauf des nächsten Jahres zu führen sind, bedarf es aus der Sicht der CDU-Stadtratsfraktion einer kontinuierlichen Information des Haupt- und Stiftungsausschusses. Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden sollte. Dies könnte zum Beispiel in Form des „Bürger-Panels“ geschehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gottfried Jung', with a stylized flourish at the end.

Dr. Gottfried Jung
Fraktionsvorsitzender

eingegangen per E-Mail